



R E S O L U T I O N

DES
DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

ZEITENWENDE

NEUAUFSTELLUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

Vom Vater Staat zur solidarischen Gesellschaft

Mit mehr Realitätssinn Resilienzstrategien aufbauen

Eigenverantwortung und Eigenvorsorge stärken

Krisenbewältigungsmodus etablieren



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Internet: www.dstgb.de

Juni 2022



ZEITENWENDE

NEUAUFSTELLUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

Der Ukraine-Krieg und die damit verbundenen Herausforderungen bedeuten eine Zäsur in der europäischen und auch deutschen Politik. So hat der Krieg einen enormen Reformbedarf in unserem Land schonungslos offengelegt. Massiv steigende Energiepreise, die Unterbringung und Versorgung von Kriegsflüchtlingen und eine Neuausrichtung der Bundeswehr kennzeichnen die aktuelle Debatte. Aber auch die Corona-Pandemie, der Klimawandel sowie die Stärkung des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes sind Themen, die uns alle fordern. Ein „Weiter so“ kann und wird es angesichts dieser Herausforderungen nicht geben können.

MIT MEHR REALITÄTSSINN RESILIENZSTRATEGIEN AUFBAUEN

Vieles, was gestern noch selbstverständlich war, wird morgen vielleicht nicht mehr gelten können.

So muss der eingeschlagene Weg, die Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren, angesichts der Abhängigkeit von russischen Energielie-

ferungen vorangetrieben werden. Hierbei sehen wir die kommunalen Unternehmen in einer zentralen Position. Diese müssen gestärkt werden, um die Energie- und Klimawende und eine dezentrale Wasserstoffwirtschaft voranzubringen. Es ist erforderlich, die Menschen „vor Ort“ mitzunehmen und gleichzeitig Projekte zügiger umzusetzen. Städte und Gemeinden müssen verbindlich an der Wertschöpfung beim Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligt werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Mit Blick auf den immensen Investitionsrückstand auf kommunaler Ebene muss dies auch für kommunale Investitionen gelten. Infrastrukturprojekte, etwa die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, energetische Gebäudesanierung, Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen, Sanierung von Schulen und Kitas, zusätzliche Bus- und Bahnverbindungen oder die Anpassung der Kommunen an den Klimawandel müssen rasch realisiert werden. Dabei muss uns bewusst sein, dass die finanziellen Ressourcen des Staates begrenzt und gerade deshalb kluge Handlungsstrategien erforderlich sind. Die Probleme sind nur mit

weniger Bürokratie und finanziell handlungsfähigen Städten und Gemeinden lösbar. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich, dass zu hohe Standards und Bürokratie ein Hindernis für handlungsfähige Kommunen sind. Den Kommunen muss die Abweichung von Standards erlaubt werden, um vor Ort flexible Lösungen zu ermöglichen. Wir brauchen einen starken Schub bei Bildung, Digitalisierung und Entbürokratisierung – wir müssen schneller, effizienter, besser werden. Damit der Staat auch in Zukunft gut aufgestellt ist, muss in ein gutes und modernes Bildungssystem sowie in die Digitalisierung der Verwaltung massiv investiert werden.

Städte und Gemeinden müssen dauerhaft in der Lage sein, alle ihre Aufgaben vor Ort lösen und auch finanzieren zu können. Nur starke und handlungsfähige Kommunen sind in der Lage, sich resilient aufzustellen. Darüber hinaus muss das Konnexitätsprinzip konsequent gelten, also der Grundsatz „Wer bestellt, der bezahlt“. Politische Vorhaben müssen von der Ebene ausfinanziert werden, die sie macht. In den Gesetzgebungsverfahren müssen wirksame Kostenbremsen eingeführt

werden. Die Kostenfolgen der Gesetzgebung müssen verlässlich im Vorhinein ermittelt und diese dann verpflichtend mit einer gleichzeitigen Abgabenerhöhung für deren Ausfinanzierung verbunden werden.

EIGENVERANTWORTUNG UND EIGENVORSORGE STÄRKEN

Das Anspruchsdenken an den Staat muss neu justiert und die Eigenvorsorge und Eigenverantwortung jedes einzelnen gestärkt werden. Die Politik ist in der Pflicht, offen und ehrlich zu kommunizieren, dass es nicht fortwährend bessere Leistungen und Ansprüche geben kann, ohne dass diese bezahlt werden müssen. Neue Schulden verschieben nur die Lösung von Problemen

und belasten in unsolidarischer Weise zukünftige Generationen, deren Lebensqualität und Handlungsmöglichkeiten.

VOM VATER STAAT ZUR SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT

Die Zeitenwende muss zu einer Neujustierung des Sozialstaates führen. Wir brauchen einen aktivierenden Sozialstaat, der die wirklich Bedürftigen absichert. Es braucht eine Revitalisierung des Bürgersinns. Es geht nicht um das Ich in der Gesellschaft, sondern um das Wir.

Die Ukraine-Krise hat auch noch einmal deutlich aufgezeigt, dass die europäische und deutsche Flüchtlingspolitik neu aufgestellt werden sollte. Da-

bei muss das Asylrecht weiter von einem Zuwanderungsrecht z. B. aus wirtschaftlichen Gründen unterschieden werden.

KRISENBEWÄLTIGUNGS- MODUS ETABLIEREN

Nur wenn die Menschen bereit sind, notwendige Schritte, etwa beim Ausbau erneuerbarer Energien, beim Energiesparen, beim klimaangepassten Planen und Bauen oder auch bei der Eigenvorsorge in Katastrophensituationen, mitzugehen, werden wir zukünftige Krisensituationen bewältigen können. Es muss daher der Grundsatz gelten: Krisen meistern wir nur gemeinsam. Dies kann am Ende zu einer deutlichen Stärkung unserer Gesellschaft sowie auch der europäischen Solidarität führen.



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Marienstraße 6, 12207 Berlin-Lichterfelde
Tel.: 030 / 77307-201, Fax: 030 / 77307-222
E-Mail: birgit.pointinger@dstgb.de

